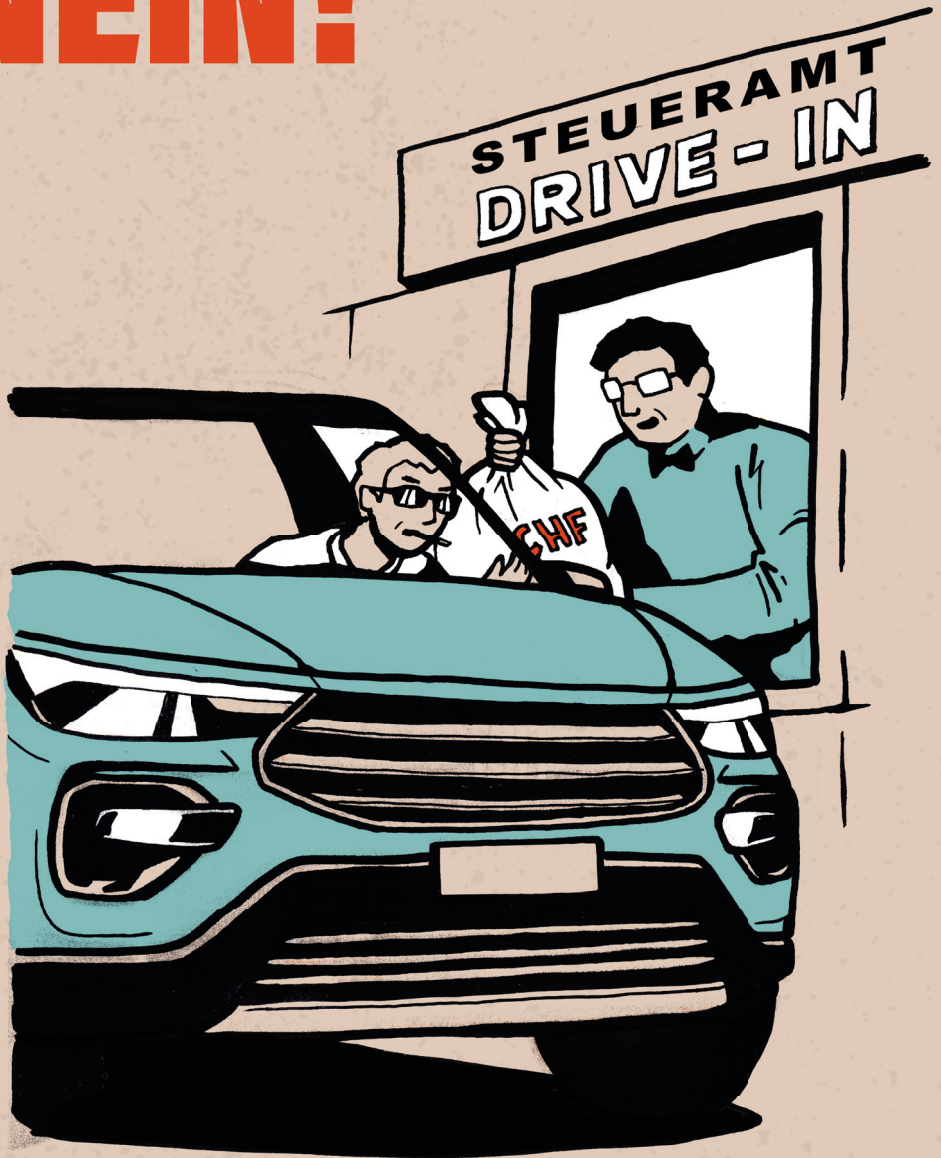


# STEUERPRIVILEGIEN? NEIN!



**NEIN ZUM XXII. NACHTRAG  
ZUM STEUERGESETZ AM 24. NOVEMBER**

# AM 24. NOVEMBER: NEIN ZUM XXII. NACHTRAG ZUM STEUERGESETZ

Wer zur Arbeit pendeln muss, darf die Kosten in der Steuererklärung vom Einkommen abziehen: maximal 4595 Franken, zusammengesetzt aus dem Preis für ein Generalabonnement 2. Klasse und 600 Franken für Park+Ride (kombinierte Mobilität). Mit dieser Regelung werden die Nutzung des öffentlichen Verkehrs belohnt, wohnortnahes Arbeiten begünstigt und nachhaltige Mobilität gefördert. Die heutige Strategie ist zeitgemäss, fair und wichtig für die Kantonsfinanzen.

Obwohl diese bewährte Lösung erst 2020 eingeführt wurde, will sie der Kantonsrat jetzt kippen. Er fordert eine übertriebene Erhöhung des Fahrkostenabzugs auf 8000 Franken! Dieser fast verdoppelte Abzug ist unverhältnismässig und kommt auch nur einer kleinen Minderheit zugute: **Nur diejenigen, die lange Strecken mit dem Auto zur Arbeit fahren, profitieren davon. Alle, die den öffentlichen Verkehr benutzen, gehen leer aus.** (Ausser ein paar wenige, die 1. Klasse fahren.)

Die Rechnung für diese Steuerprivilegien bezahlen wir alle: Die Erhöhung würde den Kanton und die Gemeinden fast 15 Millionen Franken im Jahr kosten und das bei bereits angespannter Finanzlage. Es ist klar, dass diese Steuerausfälle gravierende Folgen für den Finanzhaushalt hätten. Andere Leistungen geraten dadurch unter Druck.

# NEIN ZU UNFAIREN UND UNNÖTIGEN STEUERPRIVILEGIEN!

Die Erhöhung des Fahrkostenabzugs ist teuer, ungerecht und unnötig. Der Vorschlag schafft eine Ungleichheit beim Pendeln, fördert lange Autofahrten und bringt so mehr Verkehr. Darum sagen wir **NEIN** zu diesen ungerechten Steuerprivilegien!



**NEIN zur unverhältnismässigen Erhöhung**



**NEIN zu ungerechten Privilegien für den Autoverkehr gegenüber dem öV**



**NEIN zu einer teuren, unnötigen Änderung**



**NEIN zur Förderung langer Autofahrten**

Mobilität  
mit Zukunft



umverkehrR  
Zukunft inkl.



pro natura  
St. Gallen-Appenzell



Travail.Suisse  
Ostschweiz



# AM 24. NOVEMBER: NEIN ZUM XXII. NACHTRAG ZUM STEUERGESETZ

## **NEIN zur unverhältnismässigen Erhöhung**

Seit 2020 hat der Kanton eine gut funktionierende, faire Regelung für den Fahrkostenabzug. Der Maximalbetrag befindet sich in einem ähnlichen Rahmen wie bei den Nachbarkantonen. Es gibt keinen Grund, diesen Abzug jetzt radikal zu erhöhen.

## **NEIN zu ungerechten Privilegien für den Autoverkehr**

Alle, die pendeln, sollen gleichbehandelt werden. Vom neuen Vorschlag profitieren nur die Menschen, die lange Strecken mit dem Auto zurücklegen. Damit wird der Autoverkehr subventioniert. Das widerspricht den unbestrittenen Anstrengungen, wohnortnahes Arbeiten zu fördern und den Berufsverkehr vom Auto auf den öV zu verlagern.

## **NEIN zu einer teuren, unnötigen Änderung**

Die neue Regelung soll angeblich den Mittelstand entlasten. In Wahrheit kommen diese Steuerprivilegien aber nur wenigen zugute. Die Folgen für den Kanton und die Gemeinden wären gravierend: Es drohen Steuerausfälle von fast 15 Millionen Franken im Jahr! Und das ausgerechnet in einer Zeit, in der die Finanzlage bereits angespannt ist, und die Reserven des Kantons schwinden.

## **NEIN ZU UNFAIREN UND UNNÖTIGEN STEUERPRIVILEGIEN!**

[steuerprivilegien-nein.ch](http://steuerprivilegien-nein.ch)

Spenden:  
IBAN CH79 0900 0000 9000 1002 3  
«Steuerprivilegien»  
oder per TWINT-Code links

